

Zeitenwende

Selbst erfahrene und belastbare Zeitgenossen beobachten das mitunter kafkaeske und apokalyptische Corona-Geschehen nahezu fassungslos und gelegentlich wie paralysiert. Künftige Historiker werden feststellen, dass im März 2020 ein vergleichsweise friedliches Zeitalter infolge einer Pandemie abrupt zu Ende gegangen ist. Und in der Tat: In den Iden des März begannen die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, sich unkontrolliert zu überschlagen.

Black Swan

Zunächst stürzten die internationalen Börsen in einer schnellen Folge dramatischer Verlusttage um Billionen-Werte ab. Bis zum 19. März verlor der DAX gegenüber dem Jahresanfang über 40 %, der Dow Jones fast 35 %. Relativ spät erkannte die Bundesregierung die Dimensionen und Risiken der neuen Lungenkrankheit, um dann – eher getrieben als geplant – schrittweise restriktive Register zu ziehen. Gerade verkündete Maßnahmen wurden oft schon am nächsten Tag durch immer neue Einschränkungen überholt. Einreise-, Veranstaltungs- und Versammlungsverbote, Geschäftsunterbrechungen, Grenzschließungen und Ausgangssperren versetzten das Land in kurzer Zeit in Schockstarre. Nie zuvor hat das Sinnbild des Schwarzen Schwans als Symbol für ein unvorhergesehenes Ereignis so tiefe und nachhaltige Spuren hinterlassen. Schon im Februar wurde an dieser Stelle auf die Gefahr „*einer schweren globalen Krise mit verheerenden Kettenreaktionen*“ hingewiesen. Zu diesem Zeitpunkt wähten die meisten Politiker Corona noch als eher auf China beschränktes Problem. Entsprechend unvorbereitet wirkten die Ankündigungen und Umsetzungen der Vorbeugungs- und Rettungsmaßnahmen. Ab der dritten März-Woche – die Bundeskanzlerin sprach in einer TV-Rede von der größten Herausforderung seit Kriegsende – war die Wirtschaft der weltweit viertgrößten Industrienation, wie in einem Ausnahmezustand, weitgehend lahmgelegt. Stillstand breitete sich wie Mehltau über immer mehr Branchen und Betriebe in Deutschland aus. Die Bandbreite reichte von der Eckkneipe über Handelsketten bis zu den Automobilkonzernen.

„Klotzen, nicht kleckern“

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz haben der Bundeswirtschafts- und der Bundesfinanzminister angekündigt, kurzfristig mit der „*Bazooka*“ alles Nötige tun zu wollen, um durch Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen, Bürgschaften und Steuererleichterungen einer Kernschmelze der deutschen Unternehmen im Wege einer nie zuvor gekannten Insolvenzelle vorzubeugen. Man werde klotzen, nicht kleckern, hieß es. Die Präsentation erinnerte an die Finanzkrise 2008, als Merkel und Steinbrück die zunehmend nervösen Sparer mit dem legendären Satz zu beruhigen versuchten: „*Die Einlagen sind sicher*“. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Kolumne warteten hunderttausende kleiner und mittelgroßer Firmen händeringend auf die versprochene Bereitstellung von Geldern. Sollte hier nicht unverzüglich, flächendeckend und unbürokratisch geliefert werden, dürfte die Lage kurzfristig außer Kontrolle geraten. Die Auswirkungen einer unvorstellbar großen Zahl von Firmenpleiten auf den Arbeitsmarkt, das Steueraufkommen und den sozialen Frieden wären mehr als explosiv. Nur durch eine überzeugende marktwirtschaftliche Strategie der Politik ist darüber hinaus einer fatalen Endzeitstimmung entgegenzuwirken, die wie eine lähmende Depression zunehmend die Menschen in diesem Land erfasst. Ökonomen machen sich bereits Gedanken darüber, wie die komplexe Volkswirtschaft nach der Überwindung der Pandemie wieder reaktiviert werden kann. Zur Bewältigung dieser historisch einzigartigen Herausforderung gibt es allerdings weder Blaupause noch Restart-Knopf.

Im Abwärtsstrudel

Ifo-Präsident Clemens Fuest hat sich für drastische Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft in der Corona-Krise ausgesprochen. Es müsse verhindert werden, dass die Wirtschaft durch kollabierende Unternehmen, Jobverluste und Panik im Finanzsektor in einen Abwärtsstrudel gerate. Jetzt komme es auf massive Stützungsmaßnahmen mit hoher Zielgenauigkeit und schnellere Umsetzung an. Die Politik müsse direkte Hilfen für Unternehmen und eventuelle Staatsbeteiligungen vorbereiten. Es bestehe darüber hinaus die Gefahr einer Störung der Kreditversorgung und einer Rückkehr der Staatsschuldenkrise im Euroraum. Fuest weiter: „*Wenn die Wirtschaftsaktivität nur für zwei Monate auf 65 % des Normalniveaus zurückgeht und danach wieder wächst wie erwartet, wird die Wirtschaftsleistung für das Gesamtjahr um 5 % schrumpfen. Das wäre ein Einbruch wie im Finanzkrisenjahr 2009. Es kann aber auch deutlich schlimmer kommen.*“ Auch die neue EZB-Präsidentin rechnet mit einem heftigen Absturz der Wirtschaft in der Währungsunion zwischen 2 und 10 %. Die EU erwartet derzeit einen Höhepunkt der Virus-Ausbreitung im Mai. Für diesen Fall werde das europäische BIP-Minus 2020 bei 5 % liegen. Andere Beobachter stellen sich auf wesentlich gravierendere Konsequenzen ein. So vergleicht der

Wirtschaftshistoriker Albrecht Ritschl das aktuelle Geschehen mit der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: „Ein Einbruch des BIP um 20 % ist nicht ausgeschlossen.“

Sturz in die Rezession

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich im März naturgemäß dramatisch verschlechtert. Ifo meldet für seinen Geschäftsklimaindex den stärksten Rückgang seit 1991 und den niedrigsten Wert seit August 2009. Der Rückgang der Erwartungen sei vor dem Hintergrund der seit 70 Jahren durchgeführten Industriebefragungen historisch einzigartig. Deutschland stürzt in die Rezession. Das Geschäftsklima im Handel ist – laut Ifo – auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung eingebrochen. Eine relativ positive Ausnahme im Branchenspektrum verkörpert das Bauhauptgewerbe, das die aktuelle Lage gegenwärtig noch als sehr gut, den Ausblick allerdings als deutlich verschlechtert einschätzt.

Zwei bis drei Monate ...

Noch ist die Wende zu einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung nicht in Sicht. Das Robert-Koch-Institut hält eine weitere Verbreitung für möglich, wenn die empfohlenen Sicherheitsmaßnahmen nicht eingehalten werden. In diesem Fall drohe die Zahl der Infizierten in Deutschland in den kommenden zwei bis drei Monaten auf 10 Millionen anzuwachsen. Dass die aktuell verfügbare Größenordnung von 28.000 Intensivbehandlungsbetten bei Weitem nicht ausreichen würde, hat das Institut aus nachvollziehbaren Gründen nicht hervorgehoben. Das verfügbare Fenster für die Unterbrechung der Ansteckungskette ist folglich klar definiert. Wirkliche Entspannung dürfte bis 2021 auf sich warten lassen, wenn hoffentlich ausgetestete Impfstoffe in großen Mengen zur Verfügung stehen.

„Helikoptergeld“

Hongkong will seine Bürger demnächst mit einer einmaligen Zahlung von umgerechnet rund 1.200 Euro beglücken. Über ein „Helikoptergeld“ wird derzeit auch bei der EZB diskutiert. In Deutschland ist diese Option schon vor Jahren bei den meisten Ökonomen auf massive Ablehnung gestoßen. Bei direkten Geldgeschenken an die Bevölkerung handelt es sich – nach Meinung der Kritiker – um eine deutliche Überschreitung des EZB-Mandats, die einen erheblichen Systembruch bedeute. Isabel Schnabel, damaliges Mitglied des Sachverständigenrates, erklärte 2016: „Helikoptergeld würde die Unabhängigkeit der Zentralbank infrage stellen und eine Rückkehr zur geldpolitischen Normalität für lange Zeit unmöglich machen.“ Abzuwarten ist, ob ihre Berufung in das Direktorium der EZB zu einer Meinungsänderung in dieser Grundsatzfrage geführt hat. Die US-Regierung beabsichtigt, schon bald jedem Bürger einen Scheck über mindestens 1.000 Dollar zukommen zu lassen. Insgesamt 500 Mrd. Dollar werden dafür bereitgestellt. Damit soll das Konsumverhalten vor dem Hintergrund der Corona-Krise angeregt werden. Nicht unerwünscht dürfte als Nebeneffekt sein, die zuletzt deutlich abgekühlte Begeisterung der Wähler für die Trump-Wiederwahl zu erhöhen.

„Pulver verschossen“

Der Schweizer Finanz-Newsletter „*Inside Paradeplatz*“ ist durch hartnäckige Recherchen und unerschrockene Veröffentlichungen bekannt geworden. Das Blatt sieht zunehmende Parallelen zwischen der Corona-Krise und dem Börsen-Crash von 1929. Vor allem die amerikanische Regierung versuche die anstehenden Probleme „mit der ultimativen Geldkanone“ zu lösen. Momentan ist die Rede von einem 1,2 Billionen Dollar schweren Rettungsprogramm.

Auch in Europa seien jetzt sämtliche Geldschleusen geöffnet, während Teile der Wirtschaft und die Börsen weiter kollabieren. Die westlichen Demokratien befürchten eine Wiederholung der „*Great Depression*“ nach dem schwarzen Freitag im Oktober 1929. Allerdings habe man das Pulver verschossen. Die Notenbanken seien höher verschuldet denn je zuvor, ihre immer größeren Geldpakete würden nur noch verpuffen. „IP“-Herausgeber Lukas Hässig schließt seine Betrachtung hinsichtlich eines Nachlassens der Virusgefährdung wenig hoffnungsvoll: „*Spätfrühling, Sommer, Herbst? Es kann lange dauern. Die Welt und die Schweiz werden für immer anders sein. Viel mehr Staat, unendlich viel mehr.*“

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus
Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Grafenberger Allee 337 a | 40235 Düsseldorf | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de